

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0060/2016/IV

Datum:
24.03.2016

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**„Heidelberg-Haus,, / „Communication Center“ in
Patrick-Henry-Village**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	12.04.2016	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	28.04.2016	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit und der Gemeinderat nehmen diese Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
keine	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Aus Sicht des Regierungspräsidiums und der Verwaltung besteht in Patrick-Henry-Village (PHV) derzeit keine Notwendigkeit für die Einrichtung eines „Heidelberg-Hauses“/ „Communication Centers“, in dem die Hilfs- und Unterstützungsangebote aus der Stadt gebündelt und die Kommunikation und Koordination der verschiedenen Träger vor Ort verbessert werden können, da mittlerweile festzustellen ist, dass die Ansprechpartner bekannt, die Verantwortlichkeiten geklärt und Strukturen eingeführt wurden, die eine zusätzliche Koordination nicht erforderlich erscheinen lassen.

Begründung:

Mit Antrag Nummer 0108/2015/AN vom 26.11.2015 bitten GAL/HD P&E/gen.hd und SPD die Verwaltung um Prüfung, ob in Patrick-Henry-Village (PHV) ein „Heidelberg-Haus“/ „Communication Center“ eingerichtet werden kann, in dem die Hilfs- und Unterstützungsangebote aus der Stadt gebündelt und die Kommunikation und Koordination der verschiedenen Träger vor Ort verbessert werden können. Unabhängig von der Frage nach Zahl und Verweildauer von Flüchtlingen in PHV bestünde die Notwendigkeit, dort weiterhin mit Hilfs- und Unterstützungsangeboten aus der Zivilgesellschaft tätig zu sein. Das Engagement und die Angebote von Ehrenamtlichen seien ungebrochen groß, allerdings erlaube die starre Organisation durch den Betreiber kaum bis wenig Präsenz. Ein Gebäude, das durch die Stadt ertüchtigt würde und von DRK, Caritas / Diakonischem Werk, Asyl Arbeitskreis (AK) oder anderen in Absprache mit der Stadt „betrieben“ würde, könne diese Lücke schließen.

Zu diesem Antrag nimmt Markus Rothfuß, in seiner Funktion als stellvertretender Leiter des Referats „Höhere Aufnahmebehörde, Sonderprojekte, Betrieb LEA (Landeserstaufnahmestelle) / BEA (bedarfsorientierte Erstaufnahmeeinrichtung)“ beim Regierungspräsidium Karlsruhe seit 1. März 2016 auch Leiter von PHV, wie folgt Stellung:

„In den letzten Monaten entstand auf dem Areal PHV eine vielfältige Angebotsstruktur unter Beteiligung von haupt- und ehrenamtlichen Kräften. Es ist insbesondere gelungen, die Stellen der Sozial- und Verfahrensberatung durch die Träger Caritas, Diakonie und DRK zu besetzen. Neben einer neu hinzugekommenen fachärztlichen Ambulanz, einem umfangreichen Bekleidungs- und Sachspendenangebot sowie dem bevorstehenden Ausbau der seit langem bestehenden Kinderbetreuung sind wir kurz davor, einen Rückzugsort für Schwangere beziehungsweise Mütter mit Kleinkindern einzurichten. Hier werden uns erfahrene Hebammen sowie weitere ehrenamtliche Helfer und Fachleute unterstützen. In allen Gremien und Besprechungen ist festzustellen, dass zwischenzeitlich die Ansprechpartner bekannt, die Verantwortlichkeiten geklärt und Strukturen eingeführt wurden, die eine zusätzliche Koordination nicht notwendig erscheinen lassen. Es gibt unseres Erachtens ausreichend räumliche Möglichkeiten, mit den vor Ort tätigen Menschen in Kontakt zu kommen und Abstimmungen zu treffen. Darüber hinaus wird bis Mitte April ein weiteres geeignetes Gebäude zur Verfügung stehen, in dem diverse haupt- und ehrenamtlich getragene Angebote durchgeführt werden.“

Die Verwaltung teilt die Auffassung des Regierungspräsidiums und hält deshalb die Schaffung eines „Heidelberg-Hauses“/ „Communication Centers“ zum jetzigen Zeitpunkt für nicht erforderlich.

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 12.4.2016 wird Herr Rothfuß für Fragen zur Verfügung stehen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

In Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda nicht von Bedeutung.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner